

BERLINER RUNDSCHAU

Daumen drücken und Sommer genießen



Sommer-Gewinnspiel mit Berlin-Bekenntnis, Seite 10



**CDU-Landeschef
Frank Henkel**

„Wir tragen wieder
Verantwortung“

Seite 4



**36. Landesparteitag
wählt Kai Wegner**

mit 91 % zum
Generalsekretär

Seite 5



**Frank Henkel
erinnert sich**

an Ronald Reagans
historische Rede

Seite 16



1972, 1980 und 1996
gewann Deutschland die
Europameisterschaft und ist
damit Rekordsieger

22 Monate – von 1958 bis
1960 – dauerte die erste
Fußball-Europameisterschaft,
Sieger war die UdSSR

248 Spiele waren nötig,
um aus 51 Mannschaften
die 14 herauszufiltern,
die zusammen mit den
Gastgebern Polen und
Ukraine das Teilnehmerfeld
der Endrunde der
EM 2012 bilden

856 Spiele hat die
Deutsche Fußball-
nationalmannschaft der
Männer bis zur EM 2012
bestritten – 494 mal
hat sie gesiegt, 174 mal
unentschieden gespielt und
188 mal verloren

1976 wurde das
bisher einzige EM-
Finale im Elfmeter-
schießen entschieden,
leider zog Deutschland
in dieser Partie gegen
die ČSSR den
Kürzeren

16 Mannschaften
kämpfen in der Endrunde
der EM 2012 um den
Sieg – ab 2016 wird
die Endrunde mit
24 Mannschaften
ausgetragen

890 Spieler
spielten bisher
mindestens einmal
in der deutschen
Nationalelf

Innensenator Frank Henkel konsequent gegen Rocker-Clubs

Mit zwei gezielten Großeinsätzen ist Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) ein erfolgreicher Schlag gegen die organisierte Rocker-Kriminalität in der Hauptstadt gelungen. „Das waren gewiss nicht die letzten Aktionen“, kündigte der CDU-Senator an.



Waffen, Diebesgut, mehrere Kilogramm Drogen und zahlreiche Festnahmen – die Ergebnisse der Großrazzien gegen die beiden Rocker-Clubs Hells Angels und Bandidos

können sich sehen lassen. Über 1.000 Polizeibeamte waren im Einsatz, mehr als 100 Privatwohnungen und Vereinsheime wurden durchsucht. Damit greift Frank Henkel (CDU), seit sechs Monaten Senator für Inneres von Berlin, konsequent gegen kriminelle Rocker-Clubs durch. Bereits seit Jahren ermitteln die Behörden gegen die Rocker-Clubs. Ihren Erkenntnissen zufolge

sind die Clubs tief in die organisierte Kriminalität verwickelt. Darüber hinaus liefern sie sich untereinander heftige Auseinandersetzungen, bei denen es immer wieder Tote und Verletzte gab, auch Unbeteiligte kamen bereits zu Schaden. Henkels Ziel ist daher ein generelles Verbot dieser kriminellen Clubs.

Ein erstes deutliches Zeichen in diese Richtung setzte der CDU-Innensenator mit dem sofortigen Verbot des Clubs Hells Angels MC Berlin City und dessen Teilorganisation MG 81. Damit ist dem Verein ab sofort jede Tätigkeit untersagt. Ferner dürfen die Mitglieder keinerlei Ersatzorganisationen gründen oder gemeinsam einem anderen Verein beitreten. „Mit der selbst gewählten Bezeichnung ‚Outlaws‘ wollen sich Rocker über den Rechtsstaat stellen, dessen Regeln für sie nicht gelten sollen. Dagegen gehen wir entschieden vor“, machte Henkel deutlich. „Mit dem Verbot von Hells An-

gels MC Berlin City senden wir das Signal, dass wir Rechtsbrüche aus welcher Richtung auch immer nicht dulden werden.“ Das Verbot so-



wie die Razzien seien notwendige, aber gewiss nicht die letzten Schritte gegen die kriminellen Rocker-Clubs, so Henkel. „Wir werden unsere intensiven Ermittlungen und unseren Kampf gegen das organisierte Verbrechen fortsetzen“, versprach der CDU-Senator.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ein erfolgreicher Landesparteitag liegt hinter uns. Während sich andere Parteien mit sich selbst beschäftigen, packen wir geschlossen und motiviert die wichtigen Zukunftsthemen an. Wir wollen Berlin zur Hauptstadt der Nachhaltigkeit machen. Dies muss jedoch sozial verträglich geschehen, weil Umweltschutz keine Frage des Geldbeutels sein darf. Zudem wählte mich der Landesparteitag mit 91 Prozent zum Generalsekretär der Berliner Union. Für diesen starken Vertrauensbeweis bin ich sehr dankbar, und ich werde meine ganze Kraft dafür einsetzen, diesem gerecht zu werden.

Am 12. Juni wurden gerade auch auf Initiative der Berliner Union Ronald Reagans Verdienste für die Freiheit und die Deutsche Einheit gewürdigt. Ich bin froh, dass zukünftig direkt vor dem Brandenburger Tor eine Plakette in den Boden eingelassen wird, die an die große Rede, die er als US-Präsident hielt, erinnert. Seine Worte „Mister

Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor. Mister Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder!“ wurden 881 Tage später Realität. Unvergessen bleibt zudem sein Besuch im Juni des Jahres 1982, bei dem er die Grenzlinie am Checkpoint Charlie provokativ überschritt. Ronald Reagan war ein Vorkämpfer für Freiheit und Demokratie. Es war längst an der Zeit, den Freund Deutschlands und Berlins auf eine herausgehobene Art und Weise zu ehren.

Mit herzlichen Grüßen

Kai Wegner

Kai Wegner, MdB
Generalsekretär der CDU Berlin



AUF EIN WORT

„Berlin - Hauptstadt der Nachhaltigkeit“

„CDU will Berlin als neue Umwelthauptstadt etablieren“, hatte die Berliner Morgenpost bereits im Vorfeld des 36. Landesparteitages der CDU Berlin in großen Lettern geschrieben. Und tatsächlich sieht der beschlossene Leitantrag des Parteitages „Berlin – Hauptstadt der Nachhaltigkeit“ eine Vielzahl von Maßnahmen vor, die dieses Ziel erreichbar werden lassen. Ein weiterer Schwerpunkt der Tagung war die Wahl des Generalsekretärs Kai Wegner.



Auf dem ersten Landesparteitag nach Eintritt der CDU in die Berliner Landesregierung erklärte der Landesvorsitzende Frank Henkel: „Das vergangene Jahr war für die Berliner CDU das erfolgreichste des letzten Jahrzehnts. Wir haben uns um Verantwortung beworben und heute tragen wir wieder Verantwortung in unserer Stadt.“ In seiner Rede auf dem Landesparteitag im Bunsen-Saal der WISTA (Wissenschafts- und Technologiepark) in Adlershof fuhr er fort: „Nun gilt es, als Regierungspartei das umzusetzen, was im Wahlkampf versprochen wurde. Schon jetzt haben wir beispielsweise das Straßenausbaubeitragsgesetz abgeschafft und 250 zusätzliche Polizeibeamte im Stellenplan abgesichert.“

Der Berliner CDU-Chef betonte gleichzeitig, dass das Profil der Hauptstadtunion weiter geschärft werde. So habe die Partei bereits auf ihrer Klausurtagung in Dresden inhaltliche Zeichen gesetzt. Dort beschloss sie unter anderem das Papier „Mit Sicherheit in Ordnung“ (siehe „Berliner Rundschau“, Sonderausgabe Frühjahr 2012). Außerdem verabschiedete die Berliner CDU auf ihrer

Landesmitgliederkonferenz das Konzept „Lebenswertes Berlin in jedem Alter“ (mehr dazu auf Seite 7 in dieser Ausgabe).

Der Leitantrag dieses Parteitages enthalte nun energie- und umweltpolitische Initiativen, mit denen das von der Bundesregierung gesteckte Ziel, im Jahr 2030 mindestens 60 Prozent erneuerbare Energien zu verwenden, erreicht werden könne. Die Berliner CDU setze beispielsweise auf ein flexibles Stromnetz, das aus Großspeichern und einem dezentralen Netzwerk an kleineren Stromspeichern bestehen soll, auf einen Mix aus Windkraft und Gaskraftwerken sowie auf Elektromobilität. „Das ist ein exzellentes Papier. Es bietet die Chance, Berlin auch in dieser wichtigen Zukunftsfrage voranzubringen“, erklärte Frank Henkel. Er dankte in diesem Zusammenhang Prof. Dr. Dieter Flämig und Kai Wegner, die dieses Papier erarbeitet haben. Kai Wegner, der auch Vorsitzender der Berliner Landesgruppe im Bundestag ist, betonte seinerseits zum Leitantrag: „Es ist wichtig,

Anreize zum Energiesparen zu geben. Wir wollen alle Berlinerer mitnehmen. Deshalb muss die Umsetzung sozial verträglich



gestaltet werden.“ Außerdem sei der Schutz der Umwelt untrennbar mit dem christlichen Schöpfungsgedanken verbunden, von einem Alleinvertretungsrecht durch die Grünen könne deshalb – wie manchmal behauptet – keine Rede sein.

Die rund 300 Delegierten aus allen Teilen Berlins hatten neben der zum Teil sehr



- CDU Berlin schärft weiter ihr Profil

lebhaften inhaltlichen Diskussion noch eine wichtige satzungrechtliche Formalie zu erfüllen. Nach dem Wechsel des ehemaligen Generalsekretärs Bernd Krömer in die Position des Innenstaatssekretärs im vergangenen Dezember wurde Kai Wegner vom Landesvorstand zu seinem Nachfolger berufen,



was nunmehr in geheimer Abstimmung durch den Landesparteitag bestätigt werden sollte. Auf Vorschlag des Landesvorsitzenden wählten die CDU-Vertreter schließlich den Spandauer Bundestagsabgeordneten mit deutlichen 91 Prozent.



Angeregte Diskussion zum Antrag unter der Leitung der Fernsehjournalistin Britta Elm (Mitte) mit Andreas Scholz-Fleischmann, Mitglied des Vorstands der BSR, Prof. Dr. Andreas Knie, Geschäftsführer des InnoZ, Prof. Dr. Dieter Flämig, Vorsitzender des Umwelt- und Energie-Forums der CDU Berlin und Mitverfasser des Antrags, Sybille von Obornitz, Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung, und Prof. Dr. Kai Strunz von der Technischen Universität Berlin (v. l. n. r.).

„Das ist ein überwältigendes Ergebnis, über das ich mich sehr freue“, sagte Kai Wegner. Er kündigte an, das fortzusetzen, was erfolgreich

begonnen wurde. Dazu gehöre insbesondere die weitere inhaltliche Arbeit. „Wir werden eine unideologische und bürgernahe Politik



Das Tagungspräsidium: Petra Regine Dittmeyer, Katrin Bernikas (Vorsitzende) und Judith Stückler

für die Menschen in unserer Stadt machen. Unser Ziel ist es, die Berliner CDU als moderne und soziale Großstadtpartei kontinuierlich weiterzuentwickeln“, betonte der Generalsekretär. In diesen Diskussionsprozess sollen die Mitglieder und Vereinigungen noch stärker eingebunden werden.



BER-Verzögerung: Keine Abstriche am neuen Flugplan

Am 3. Juni hätte der neue Großflughafen BER an den Start gehen sollen. Die Eröffnung wurde nun auf März 2013 verschoben. Die „Berliner Rundschau“ sprach mit Matthias von Randow, dem Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL).

BR: Herr von Randow, Sie waren vor Ihrer jetzigen Tätigkeit bereits als Politiker und als Direktor bei airberlin mit Fragen der deutschen Luftfahrt betraut. Wie schätzen Sie die überraschende Verschiebung der Eröffnung des BER ein?



Die Verschiebung ist natürlich sehr bedauerlich – für die Passagiere, die sich auf ihren neuen Hauptstadtflughafen freuen, für die Fluggesellschaften und auch für die

Betreibergesellschaft selbst. Aber Sicherheit geht vor. Deswegen gilt es jetzt, alles zu tun, um einen stabilen und reibungslosen Betrieb im nächsten Jahr sicherzustellen. Wenn alle Beteiligten engagiert auf dieses Ziel hinarbeiten, dann spricht in fünf Jahren niemand mehr davon, dass die Vorfreude zehn Monate länger währte – sondern von dem Komfort des neuen Flughafens und von den positiven wirtschaftlichen Effekten für die Hauptstadtregion und für Deutschland insgesamt.

BR: Welche Auswirkungen hat die Verzögerung auf die Fluggesellschaften, die auch in ihrem Verband vertreten sind?

Pünktlich zur geplanten Eröffnung des neuen Großflughafens haben sowohl airberlin als auch Lufthansa viele neue Destinationen in ihr Angebot aufgenommen. Viele Tickets dafür sind bereits verkauft. Für die Fluggesellschaften ist die Verschiebung also zunächst einmal ein logistischer Kraftakt: Innerhalb weniger Wochen müssen mehr als eine Million Passagiere informiert werden. Zudem werden wir in den Sommermonaten erleben, dass Tegel an den Grenzen seiner Kapazität operiert. Dies wird

dem Flughafen und den Fluggesellschaften viel Koordinationsgeschick abverlangen. Für Airberlin ist die Verzögerung eine besonders große Herausforderung, denn der Berliner Marktführer etabliert hier in Berlin sein internationales Drehkreuz. Das Unternehmen bietet also Verbindungen an, bei denen die Passagiere in Berlin umsteigen. Das Modell ist auf den Großflughafen BER zugeschnitten. Tegel ist zwar ein Flughafen der kurzen Wege, aber für den Umsteigerverkehr weniger gut geeignet. Und denken Sie an die Logistik für das Umsteigergepäck! Hier wird der Flughafenbetreiber die Airlines engagiert unterstützen müssen.

BR: Was bedeutet das für unsere Leserinnen und Leser? Muss ich mir Sorgen um meine Reiseplanung machen?

Aktuell muss kein Urlauber oder Geschäftsreisender befürchten, dass er aufgrund der verschobenen Eröffnung seine bereits gebuchte Reise nicht antreten kann. Die für die Zuteilung von Start- und Landeslots zuständigen Stellen haben zugesagt, dass alle für BER vorgesehenen Flüge abgewickelt werden können. Und zwar ausdrücklich auch jene Verbindungen, die mit dem Inkrafttreten des Sommerflugplans neu hinzugekommen sind. Allerdings sollten die Passagiere gerade in Tegel vorsichtshalber etwas mehr Zeit einplanen als in der Vergangenheit.

BR: An wen können die Leserinnen und Leser sich bei Fragen wenden?

Erster Ansprechpartner für alle Reisenden sind die Fluggesellschaften oder im Fall von Pauschalreisen die Reiseveranstalter. Die Unternehmen informieren auf ihren Websites und betreiben Hotlines, die Auskunft geben können. Auch der Berliner Flughafenbetreiber hat eine zentrale Servicenummer für Fragen rund um den Flugverkehr und Services am Flughafen: 01805-000186.

BR: Vielen Dank für das Gespräch, Herr von Randow.

Der **Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL)** versteht sich als „die gemeinsame Stimme der deutschen Luftfahrt“ und umfasst Deutschlands Fluggesellschaften sowie Flughäfen, die Deutsche Flugsicherung und Leistungsanbieter aus der Luftfahrt. Er ist „der Ansprechpartner für Politik, Medien, Bürgerinnen und Bürger, wenn es um das Thema Luftfahrt geht“. Seine Ziele beschreibt er u.a. mit „Wir stärken die deutsche Luftfahrt – ein wichtiger Motor für Wirtschaft, Arbeit und Entwicklung in Deutschland“ und „Wir machen das Fliegen immer umweltfreundlicher.“



Lebenswertes Berlin – in jedem Alter

Das Thema bewegt Jung und Alt. Fast 300 Teilnehmer waren zur diesjährigen Landesmitgliederversammlung der CDU Berlin ins „CineStar“-Kino am Potsdamer Platz gekommen, um über eines der wohl wichtigsten Themen der Zukunft zu diskutieren – den demographischen Wandel in unserer Stadt.

Berlins Bevölkerung wird immer älter. In den nächsten zwei Jahrzehnten wird das Durchschnittsalter der Berlinerinnen und Berliner um fast drei Jahre ansteigen, bis 2030 wird jeder Vierte 65 Jahre oder älter sein. „Die Berliner CDU sieht nicht nur die Herausforderungen, sondern auch die Chancen, die sich aus dieser Entwicklung ergeben“, machte der Landesvorsitzende der CDU Berlin, Innensenator Frank Henkel, in seiner Eröffnungsrede deutlich. Wie lassen sich diese Chancen optimal nutzen und wie können gleichzeitig diejenigen unterstützt werden, die auf Hilfe angewiesen sind? Über diese Fragen diskutierten die anwesenden Mitglieder der Berliner CDU unter der Leitung von Generalsekretär Kai Wegner mit den Fachleuten Detlef Schmidt, Landesvorsitzender der Senioren Union Berlin, Waltraut Ziolko, Mitglied im Landesvorstand des Unionhilfswerks Berlin, Martin Matz, Vorstand des Diakonischen

Berlin www.cdu-berlin-diskutiert.de umfassend beraten werden konnte. Mit zwölf politischen Schwerpunkten (siehe Kasten) will die Berliner CDU „schon heute die Grundlagen für den Wandel von morgen legen“, wie es in dem Papier heißt. „Dabei geht es nicht nur um ein Ausbau von Pflege- und Gesundheitsangeboten, sondern auch darum, die Erfahrungen der älteren Generation zu nutzen und ihr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen“, fasst Kai



Wegner die Forderungen des Papiers zusammen. Die zahlreichen Wortbeiträge während der gut zweistündigen Diskussion zeigten deutlich, wie sehr der demographische Wandel die Anwesenden beschäftigt. Zahlreiche Mitglieder berichteten von ihren persönlichen Erfahrungen und begrüßten es, dass die Berliner CDU dieses wichtige Thema aufgegriffen hat. Auch die Fachleute Schmidt, Ziolko, Matz und Czaja zeigten sich von den in dem Konzept „Lebenswertes Berlin – in jedem Alter“ vorgeschlagenen Maßnahmen überzeugt.

Im Anschluss an die inhaltliche Diskussion wurde der Leander-Haußmann-Film „Dinosaurier

– gegen uns seht ihr alt aus!“ gezeigt, der sich augenzwinkernd mit dem Thema Alter auseinandersetzt. Darin stellten die betagten Protagonisten auf eindrucksvolle Weise unter Beweis, dass Altsein noch lange nicht bedeutet, zum „alten Eisen“ zu gehören.



Werks Berlin-Brandenburg, und Mario Czaja, Senator für Gesundheit und Soziales von Berlin. Grundlage der Diskussion war das Papier „Lebenswertes Berlin – in jedem Alter“, das bereits im Vorfeld der Versammlung auf der neu eingerichteten online-Diskussionsplattform der CDU

Erfahrungsschatz nutzen - Bürgerschaftliches Engagement fördern

Immer mehr ältere Menschen engagieren sich ehrenamtlich in unserer Stadt. Die Berliner CDU will diese erfreuliche Entwicklung durch gezielte Maßnahmen wie eine bessere Anerkennungskultur und den Freiwilligenpass weiter aktiv fördern.

Altersarmut vorbeugen

Der Anteil der Rentner, die in Berlin zusätzlich auf Grundsicherung angewiesen sind, nimmt leider stetig zu. Die Ursachen dafür – z.B. unzureichende Bildung – möchte die CDU an der Wurzel packen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass Arbeitslose der Generation „50plus“ schnell wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden.

Barrierefreies Berlin

Die CDU Berlin setzt sich für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ein – etwa durch abgesenkte Bordsteine und Fahrstühle im ÖPNV sowie niveaugleiche Einstiegsmöglichkeiten in öffentlichen Verkehrsmitteln wie z.B. Straßenbahnen.

Wohnortnahe Ärzteversorgung sicherstellen

Eine hochwertige medizinische Versorgung in der Nähe der Wohnung ist gerade für ältere Menschen von großer Bedeutung. In manchen Gegenden Berlins gibt es jedoch zu wenige Fachärzte, während sie in anderen Gegenden überrepräsentiert sind.

Pflegeangebote transparenter darstellen

Durch den weiteren Ausbau und die Förderung des Projekts „Pflegelotse Berlin“ will die CDU Berlin für mehr Transparenz bei Pflegeangeboten sorgen. Außerdem ist ein zentrales Pflegebeschwerdemanagement von besonderer Bedeutung.

Verbraucherschutz für ältere Menschen stärken

Senioren sind oft mit Problemen wie z.B. schwer lesbaren Produktinformationen oder Anglizismen konfrontiert. Es bedarf daher klarer gesetzlicher Regelungen, um ältere Menschen vor Betrug zu schützen.

Mitsprache von Seniorinnen und Senioren stärken

Die Berliner CDU setzt sich dafür ein, die Seniorenvertretungen in den Berliner Bezirken in den kommenden Jahren weiter zu stärken.

Das vollständige Konzept „Lebenswertes Berlin – in jedem Alter“ finden Sie auf unserer Internetseite www.cduberlin.de. Gerne können Sie unter (030) 32 69 040 auch eine gedruckte Fassung anfordern.

CDU-Fraktionschef Florian Graf: „Wir stehen

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat am 14. Juni den Doppelhaushalt 2012/13 verabschiedet. Zu den einzelnen Schwerpunkten sprach die „Berliner Rundschau“ mit dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Florian Graf.

Berliner Rundschau (BR): Herr Graf, der erste Doppelhaushalt der Großen Koalition – ein Kraftakt?

Florian Graf: Die Haushaltspolitik ist die Königsdisziplin des Parlamentes. Nur durch eine solide und gestaltende Haushalts- und Finanzpolitik ist es möglich, Berlin zum Positiven zu verändern und dabei gleichzeitig die Konsolidierungsziele einzuhalten. Eine Stadt wie Berlin braucht Entwicklung. Diesem Anspruch wird die Koalition aus SPD und CDU gerecht: Wir sparen und investieren, wir stehen für eine



nachhaltige und zukunftsorientierte Politik. Wir setzen Mehreinnahmen und Minderausgaben zur Reduzierung der Neuverschuldung ein. Wir halten die Schuldenbremse ein und rücken unserem Ziel, 2016 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, mit großen Schritten näher.

BR: Berlin ist eine der dynamischsten Wirtschaftsregionen Europas. Welche Akzente setzt die rot-schwarze Koalition, um den Wirtschaftsstandort Berlin weiter zu stärken?

Graf: Industrie, Dienstleistung, Handel, Tourismus und Handwerk sind die tragenden Säulen der Berliner Wirtschaft. Vor allem die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen haben für uns als CDU eine herausragende Bedeutung. Das neue Vergabegesetz, für das wir uns massiv

eingesetzt haben, ist hier ein wichtiger Beitrag zur Entbürokratisierung. Außerdem haben wir mit dieser Gesetzesnovelle einen Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt. Mit der erfolgreichen Bewerbung um das „Schaufenster Elektromobilität“ besetzen wir ein weiteres Zukunfts-Cluster. Der Doppelhaushalt sieht außerdem eine breitere Aufstellung der Forschungspolitik vor. So soll sichergestellt werden, dass die Exzellenzinitiative der Universitäten weitergeführt und ausgebaut wird, denn leistungsfähige Universitäten auf höchstem nationalen und internationalen Niveau sind Garanten für Berlins Zukunft.

BR: Ein weiterer Schwerpunkt des Doppelhaushaltes ist der Ausbau der Infrastruktur. Welche Projekte sollen hier in den nächsten zwei Jahren angegangen werden?

Graf: Die CDU-Fraktion hat dafür gesorgt, dass im Haushalt 2012/2013 die entsprechenden Weichen für den Weiterbau der A100 sowie den Bau der Tangentialverbindung Ost gesetzt wurden. Für die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU ist und bleibt außerdem der Großflughafen BER weiterhin wichtigstes Infrastrukturprojekt. Die Verschiebung der Eröffnung ist für alle Beteiligten mehr als ärgerlich. Wichtig ist jetzt, dass die finanziellen Folgen aufgedeckt werden. Sollte hier eine Beteiligung des Landes Berlin notwendig sein, werden wir dies mit einem Nachtragshaushalt abfedern. Infrastrukturpolitik bedeutet auch, die Stadtentwicklung voranzutreiben. Für die CDU-Fraktion war es wichtig, dass - anders als bei der Schließung des Flughafens Tempelhof - ein Nachnutzungskonzept für TXL vorhanden ist. Dies haben wir auch haushalterisch untermauert. Für die Entwicklung des Zukunftsstandortes Tegel sind Planungsmittel in Höhe von fünf Millionen Euro vorgesehen. Wir verdoppeln zudem die Mittel für die Schul- und Sportstättenanierung und setzen die Bädieranierung fort.



BR: Herr Graf, Bildung ist die wichtigste Ressource unserer Gesellschaft. Welche Maßnahmen ergreift die große Koalition, um ein gutes Bildungsniveau zu garantieren?

Graf: Für uns steht die Absicherung eines vielfältigen und qualitativ hochwertigen Bildungsangebotes in Berlin an oberster Stelle. Die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls bleibt eine besondere Herausforderung. Wir brauchen eine Verbesserung der personellen Situation an den Schulen. Die Anstellung von 350 neuen Lehrern ist ein erster und wichtiger Schritt. Nach Abschluss des Aufnahmeverfahrens 2012/2013 wird die CDU-Fraktion die Zugangsregelung für die Oberschule überprüfen mit dem Ziel, eine rechtssichere Geschwisterkindregelung einzuführen. Den Zwang zum jahrgangübergreifenden Lernen haben wir bereits endgültig abgeschafft. Wichtig ist uns vor allem auch, dass Berlin Vorreiter bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird. Wir bauen deshalb das Ganztagsangebot an Schulen weiter aus und schließen die Betreuungslücke in der 5. und 6. Grundschulklasse. Im Bereich

für eine bürgernahe Politik“



Innensenator haben, der stark auf das Thema Prävention – zum Beispiel durch Sichtbarkeit der Polizei auf der Straße – setzt. Seinem besonnenen, aber entschlossenen Vorgehen haben wir es auch zu verdanken, dass der diesjährige 1. Mai so friedlich wie schon lange nicht mehr verlaufen ist. Die Einstellung von 250 neuen Polizisten im Vollzugsdienst sowie die Übernahme der Auszubildenden bei Feuerwehr und Polizei unterstreichen dieses Anliegen. Ein weiteres Beispiel ist die Erhöhung der Videospeicherfristen bei der BVG von 24 auf 48 Stunden.



BR: Insgesamt betrachtet ist der Doppelhaushalt also ein sehr ambitioniertes Projekt?

In den letzten Monaten haben die Koalitionsfraktionen hart an diesem Haushalt gearbeitet. Für mich ist wichtig, dass wir uns dabei am Leitbild des ehrbaren Kaufmannes orientiert haben und wir viele Schwerpunkte setzen konnten, die eindeutig die Handschrift der Union tragen. Für uns ist vor allem eine bürgernahe Politik wichtig. Deshalb haben wir auch zusätzliche 50 Millionen Euro für die Bezirke zur Verfügung gestellt. Die Berlinerinnen und Berliner haben im vergangenen Jahr den Wechsel gewählt. Diesem Auftrag tragen wir Rechnung!

BR: Herr Graf, wir danken Ihnen für das Gespräch.

der frühkindlichen Bildung und Betreuung wollen wir unsere Spitzenreiterposition weiter ausbauen. Bereits in diesem Jahr werden wir deshalb 7.000 zusätzliche Kitaplätze schaffen. Bis 2015 sollen insgesamt 19.000 zusätzliche Kitaplätze geschaffen werden.

BR: Stichwort „Innere Sicherheit“. Was wird die rot-schwarze Koalition hier verbessern?

Graf: Sicherheit und Ordnung sind eines der Kernanliegen dieser Koalition. Wir können froh sein, dass wir mit Frank Henkel einen

Diese Maßnahmen konnte die rot-schwarze Koalition im Doppelhaushalt 2012/13 platzieren:

- 50 Mio. Euro jährlich mehr für die Bezirke
- Insgesamt 48 Mio. Euro mehr zur Schul- und Sportstättenanierung
- Insgesamt 16 Mio. Euro mehr zur Bädersanierung/ Inbetriebnahme
- 5 Mio. Euro Zuschuss zur Entwicklung des Industrieparks Tegel
- 7,4 Mio. Euro für Lückenschluss bei der Hortbetreuung
- personelle Verstärkung der Polizei um 250 zusätzliche Vollzugsbeamte
- 14 zusätzliche Stellen bei der Feuerwehr
- 75 zusätzliche Steuerfahnder und Betriebsprüfer bei den Finanzämtern
- Ausweitung der Speicherfrist bei Videoüberwachung von 24 auf 48 Stunden
- Neubau von jährlich mindestens 6.000 Wohnungen zur Entspannung des Wohnungsmarktes

IMPRESSUM

CDU-Landesverband Berlin,
Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin
Tel.: 030 - 32 69 04-0
Fax: 030 - 32 69 04 -44

REDAKTIONSLEITUNG:
Kai Wegner

CHEFREDAKTEUR:
Dirk Reitze

REDAKTION:
Ada Wendel,
Gina Schmelter

LAYOUT und Produktion:
BerlinMedia GmbH

Bildnachweis:
von oben links nach unten rechts:
S. 1: Fotolia - Ints Vikmanis, Reitze,
Reitze, U.S. National Archives and

Records Administration; S. 2: Luther,
Fotolia - Smileus ; S. 3: Martin U. K.
Lengemann, Reitze, Yves Sucksdorff;
S. 4 und 5: alle Bilder Reitze;
S. 6: Bundesverband der Deutschen
Luftverkehrswirtschaft, Reitze; S. 7:
alle Bilder Reitze; S. 8 und 9: Reitze,
Reitze, Schatz, Reitze; S. 10: Bundes-
tagsbüro Wellmann, Fotomontage
Reitze / Taxiarchos / Wikimedia - Olaf
Tausch, Schmelter / Original: Scholz

& Friends; S. 11: Bundestagsbüro Weg-
ner, Bundestagsbüro Grütters, Bun-
destagsbüro Vogelsang, Bundestags-
büro Dr. Steffel, Bundestagsbüro
Luczak; S. 12 und 13: Bundestagsbüro
Dr. Marco Luczak; Bundestagsbüro
Karl-Georg Wellmann, privat, privat,
Bundestagsbüro Wegner, Bundestags-
büro Grütters, privat, Reitze; Seite
14 und 15: alle Bilder Reitze; S. 16:
U.S. National Archives and Records

Administration

Für nicht angeforderte Manuskripte
wird keine Haftung übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.
Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten. Erscheinungsweise: Er-
scheint einmal im Quartal



Berlins Potenziale als Ost-West-Drehscheibe

Als Berliner Bundestagsabgeordneter und stellvertretender außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich Karl-Georg Wellmann für eine enge Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn ein. Dazu gehören Polen, das Baltikum aber auch Russland, die Ukraine, Belarus und die Staaten des südlichen Kaukasus.

„Die Bundesrepublik Deutschland ist mit diesen Regionen und Völkern seit vielen Jahrhunderten politisch, kulturell und ökonomisch verflochten“, so Wellmann. Die östlichen Partnerländer Deutschlands stünden vor der Herausforderung, ihre Gesellschaft und Wirtschaft zu modernisieren, erklärt der CDU-Abgeordnete. „Dazu werden starke Partner gebraucht.“

Der Handelsaustausch mit Osteuropa wächst schon jetzt rasant, mit Russland sogar um 30 Prozent. Der bilaterale Handel mit Russland erreichte die Rekordmarke von 75 Milliarden Euro. Der Ost-Ausschuss hat ermittelt, dass 1,5 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland vom Export nach Osteuropa abhängen. Manche der Partnerländer wie Russland aber auch Kasachstan bieten wegen ihrer starken Roh-

stoffbasis ein großes Potenzial für eine Zusammenarbeit. Die russische Regierung plant in den kommenden Jahren Investitionen allein im Bereich der Energieinfrastruktur von über 200 Milliarden Euro. Die russischen Eisenbahnen investieren ebenfalls Milliarden und suchen vor allem deutsche Unternehmen als Partner.



„Für Berlin bieten sich große Möglichkeiten der Kooperation“, merkt Wellmann an und weist gleichzeitig darauf hin, dass andere westliche Hauptstädte diese Möglichkeiten bereits genutzt hätten: „Berlin hat in dieser Hinsicht Nachholbedarf, aber auch große Chancen. Diese Chancen sollten in den kommenden Jahren genutzt werden. Berlin als Hauptstadt der größten Volkswirtschaft innerhalb der EU hat das Potenzial für eine starke Rolle in den Ost-West-Beziehungen“. Dazu gehören laut Wellmann die geografische Nähe zu den genannten Regionen und der Sitz der Bundesregierung mit allen relevanten Entscheidungsträgern, einschließlich der politischen-

und Unternehmungsstiftungen. Hier gäbe es die Verbände mit Osteuropa-Kompetenz, insbesondere den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft im BDI. Gemeinsam mit dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft hat Karl-Georg Wellmann die Gründung eines „East-Forum-Berlin“ als jährlich stattfindende hochrangige Veranstaltungsreihe initiiert. Im Rahmen dieses Forums werden prominente politische Vertreter und Unternehmensführer aus Osteuropa nach Berlin eingeladen und ihnen die Chancen und Möglichkeiten aufgezeigt, die sie hier haben. Sie werden mit deutschen Unternehmen zusammengebracht um diesen Firmen noch mehr Kontakte zu Osteuropa zu öffnen. „Den jungen Berlinern sollen die Chancen für Beruf und Karriere aufgezeigt werden, die Osteuropa bietet“, so Wellmann. Gemeinsam mit dem russischen Botschafter und dem Ostausschuss wird Wellmann dafür an Schulen werben. Künftig sollen Intensivsprachkurse angeboten und für deren Absolventen Praktika bei deutschen und russischen Unternehmen in Russland bereitgestellt werden. Gemeinsam mit der Wirtschaftsministerin Sybille von Obernitz (parteilos, für die CDU) will Wellmann vorhandene Potenziale heben und zeigen, wie eine von der CDU verantwortete Wirtschaftspolitik unsere Stadt voranbringen kann.

und Unternehmungsstiftungen. Hier gäbe es die Verbände mit Osteuropa-Kompetenz, insbesondere den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft im BDI.

Gemeinsam mit dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft hat Karl-Georg Wellmann die Gründung eines „East-Forum-Berlin“ als jährlich stattfindende hochrangige Veranstaltungsreihe initiiert. Im Rahmen dieses Forums werden prominente politische Vertreter und Unternehmensführer aus Osteuropa nach Berlin eingeladen und ihnen die Chancen und Möglichkeiten aufgezeigt, die sie hier haben. Sie werden mit deutschen Unternehmen zusammengebracht um diesen Firmen noch mehr Kontakte zu Osteuropa zu öffnen. „Den jungen Berlinern sollen die Chancen für Beruf und Karriere aufgezeigt werden, die Osteuropa bietet“, so Wellmann. Gemeinsam mit dem russischen Botschafter und dem Ostausschuss wird Wellmann dafür an Schulen werben.

Künftig sollen Intensivsprachkurse angeboten und für deren Absolventen Praktika bei deutschen und russischen Unternehmen in Russland bereitgestellt werden. Gemeinsam mit der Wirtschaftsministerin Sybille von Obernitz (parteilos, für die CDU) will Wellmann vorhandene Potenziale heben und zeigen, wie eine von der CDU verantwortete Wirtschaftspolitik unsere Stadt voranbringen kann.

Nett hier.

Aber am schönsten ist es doch in Berlin!



Berlin

Eine Aktion der CDU Berlin und der Berliner Rundschau.

Am schönsten ist es doch in Berlin!

Zum Eiffelturm, zur Sphinx, zum Taj Mahal oder nach – sagen wir – Stuttgart; ganz gleich wohin Sie als eingefleischter Berliner in den Ferien fahren, hoffentlich ist es dort nett und erholsam für Sie. Am schönsten ist es dann aber doch in Berlin. Lassen Sie uns wissen, wo immer Sie im Urlaub an Zuhause denken. Machen Sie ein Foto von sich und dem hier links abgebildeten Bekenntnis (ausschneiden und mitnehmen!). Dann einfach per E-Mail an cduberlin@cduberlin.de mit dem Betreff „Nett hier“ senden. Unter allen Einsendungen (mehrere Motive bedeuten mehrere Chancen!) verlosen wir je einen Gutschein des Tropical Island im Wert von 100 und 50 Euro. Einsendeschluss ist der 31. August 2012.





Technologieförderung des Mittelstandes



Um kleine und mittlere Unternehmen bei Forschung und Entwicklung zu unterstützen, gibt es das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) des Bundeswirtschaftsministeriums. Der Spandauer Bundestagsab-



geordnete Kai Wegner erkundigte sich bei allen geförderten Unternehmen seines Wahlkreises nach ihren ZIM-Erfahrungen. Das Ergebnis: Die Förderung hilft, neue Marktsegmente zu erschließen und zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen. „Viele mittelständische Unternehmen sind globale Technologie- und Systemführer in ihrer Branche“, freut sich Kai Wegner. „Im Wirtschaftsausschuss des Bundestages werde ich mich dafür einsetzen, die ZIM-Förderung bedarfsgerecht auszubauen.“

Monika Grütters besucht Don Bosco-Zentrum



Auf einer der regelmäßigen Touren durch ihren Wahlkreis besuchte die CDU-Bundestagsabgeordnete Monika Grütters auch das Don Bosco Zentrum Berlin. Gegründet und geleitet von



der katholischen Ordensgemeinschaft der Salesianer Don Boscos, hat es sich der Arbeit mit jungen Menschen verschrieben. Mehr als 130 Jugendliche werden hier betreut. Die jungen

Menschen, die oft weder Schulabschluss noch Berufsausbildung haben, arbeiten z.B. in den Bereichen Großküche und Tischlerei. Im Don Bosco Zentrum werden die Nöte, Fragen und individuellen Lebensumstände der Jugendlichen ernst genommen und die seelsorgerische Arbeit mit schulischen und beruflichen Perspektiven verbunden.

Vogelsang: Meilenstein für Organspende



Täglich sterben drei Menschen in Deutschland, für die kein Spenderorgan zur Verfügung steht. Mehr als 12.000 Kranke warten dringend auf eine Organspende. Nach langer Debatte hat der Deutsche Bundestag nun mit der federführenden Zuständigkeit der Berliner Bundestagsabgeordneten Stefanie Vogelsang ein neues Spendege-
setz beschlossen. „Jeder kann sich frei entschei-



den, ob er spendet oder nicht. Aber mit Blick auf diejenigen, die dringend ein Spenderorgan benötigen, ist es ein Gebot der Menschlichkeit, sich Gedanken zu machen und eine Entscheidung zu treffen“, erklärt Stefanie Vogelsang in der Sitzung des Deutschen Bundestags. Künftig werden alle Bürger regelmäßig von ihren Krankenkassen angeschrieben, über die Organspende informiert und zur Abgabe einer Erklärung aufgefordert. Dies geschieht erstmalig schon in diesem Jahr.

Politik-Talk im Hof mit Frank Steffel



Auf Einladung des CDU-Ortsverbandes Hermsdorf berichtete der Reinickendorfer CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Frank Steffel über aktuelle Entwicklungen in der Euro-Politik, die Debatte über das Betreuungsgeld und das Flughafen-Desaster in Schönefeld. In geselliger

Atmosphäre ging er anschließend von Tisch zu Tisch und kam mit den Mitgliedern des Ortsverbandes und interessierten Bürgern des Wahl-



kreises über Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ins Gespräch.

Patientenrechte in Gesetzesform gegossen



Sechs von zehn Patienten kennen ihre Rechte gar nicht oder nur unvollständig. Das soll sich ändern – das Patientenrechtegesetz fasst daher die bislang verstreut geregelten Rechte von Patienten erstmals zusammen und macht sie für jedermann transparent nachlesbar. Der Rechtspolitiker Dr. Jan-Marco Luczak, der in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für dieses Thema zuständig ist, begrüßt das Vorhaben: „Patienten werden vom Bittsteller zum Partner. In Zukunft



können sie bei Kunstfehlern leichter Schadenersatz fordern und haben das Recht auf Einsicht in ihre Akten.“

Sollten Sie direkt Kontakt zu den Bundestagsabgeordneten der Berliner CDU aufnehmen wollen, erreichen Sie sie unter: (Vorname der/des Abgeordneten).(Nachname der/des Abgeordneten)@bundestag.de – z.B. kai.wegner@bundestag.de

Union vor Ort

Luczak eröffnet Jugendarrestanstalt

Der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Jan-Marco Luczak** (CDU) hat gemeinsam mit Bundesinnenminister **Dr. Hans-Peter Friedrich** (CSU) und Justizsenator **Thomas Heilmann** (CDU) die neu bezogene Jugendarrestanstalt in Lichtenrade eröffnet. Luczak hatte sich für den Umzug und für die damit einhergehende Erhöhung der Arrestplätze von 33 auf 60 stark gemacht: „Mit dem unhaltbaren Zustand, dass jugendliche Delinquenten mangels Kapazität abgewiesen werden mussten, ist jetzt endlich Schluss.“



Luczak tritt als Mitglied im Rechtsausschuss des Bundestages zudem für den neuen Warnschussarrest ein: „Dieser gibt den

Jugendgerichten mehr Handlungsmöglichkeiten und verhindert, dass zur Bewährung ausgesetzte Strafen als verkappte Freisprüche empfunden werden.“

Die Senioren Union Pankow ist präsent

Das Gespräch mit den Pankower Bürgerinnen und Bürgern suchte die Senioren Union Pankow an ihrem Infostand auf dem Marktplatz am Arnswalder Platz. Dieses Angebot wurde von den Passanten ebenso gut angenommen wie das Magazin der Senioren Union. „Wir über 60“.



„Wir mussten feststellen, dass viele die Senioren Union gar nicht kannten, aber sehr gerne kennenlernen wollten“, so der Vorsitzende der Pankower Senioren Union, **Manfred Müller**.

Karl-Georg Wellmann für Kinderrechte

Der Steglitz-Zehlendorfer Bundestagsabgeordnete **Karl-Georg Wellmann** (CDU) engagiert sich zusammen mit den Schauspielern **Markus Majowski** und **Frank Kessler** für die Stärkung der Kinderrechte. Im Rahmen des Projekts „Charity Jam“ des Deutschen Kinderhilfswerks spielte Karl-Georg Wellmann das Spiel „Ching, Chang, Chong“ (Stein, Papier, Schere) gegen

zwei Vertreter des Kinder- und Jugendparlaments. Die Kinder gewannen. Wellmann lud am 13. Juni 2012 zum Gespräch mit dem Bundesinnenminister **Dr. Hans-Peter Friedrich** (CSU), um die Rechte der Kinder stärker in den Fokus von Öffentlichkeit und der Politik zu rücken.



Mitten im Leben – Investoren der Turmstraße standen Rede und Antwort

Mit rund 100 Teilnehmern war die Standortkonferenz der CDU-Moabit zum „Neuen Gesicht der Turmstraße“ mitten im bunten Leben der Arminiusshalle/Zunfthalle ein großer Erfolg. Der große Zuspruch der Moabiter Bevölkerung dokumentiert auch das starke Interesse an der künftigen Entwicklung des Stadtteils. Unter der Moderation von **Volker Liepelt**, dem Vorsitzenden der CDU Moabit, erläuterten die Investoren



für das Schultheiss-Areal, Hertie, das Ärztehaus „Moavitalis“, die Zunfthalle selbst und den „Moa-Bogen“ ihre Projekte. Auch der Kunstverein Tiergarten stellte durch Frau **Dr. Beeliltz** seine Pläne für dieses Jahr vor. Eine lebendige Diskussion über die Chancen für Moabit rundete den Abend ab.

Dieter Krebs bleibt Vorsitzender des UNIONHILFSWERK

Begrüßt durch Berlins Innensenator **Frank Henkel** (CDU) fanden sich am 4. Juni die Delegierten des Berliner UNIONHILFSWERK zu ihrer Jahreshauptversammlung im Berliner Rathaus zusammen. Wichtiger Tagesordnungspunkt war die alle drei Jahre stattfindende Wahl des Landesvorstandes. Als Vorsitzender wurde **Dieter Krebs** im Amt bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wählten die Delegierten **Annelies Herrmann**

und **Julius Wallot**. **Hans-Eckhard Bethge** wurde als Schatzmeister für eine weitere Amtszeit bestimmt. Zu Beisitzern wurden **Waltraud Ziolko**, **Dr. Thomas Georgi** und **Michael Dietmann** berufen. Der UNIONHILFSWERK Landesverband Berlin e. V. ist alleiniger Gesellschafter der gemeinnützigen Gesellschaften des UNIONHILFSWERK.



Der neue Landesvorstand (v. l. n. r.): Julius Wallot, Waltraud Ziolko, Annelies Herrmann, Michael Dietmann, Dr. Thomas Georgi, Dieter Krebs, Hans-Eckhard Bethge

Kindererziehung anerkennen

Der Antrag der Frauen Union zur weiteren Anerkennung von Kindererziehungszeiten für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, bei der Rentenermittlung wurde auf dem Landesparteitag der CDU einstimmig verabschiedet.

Böhmer zu Gast bei der Frauen Union Berlin

Die Staatsministerin und Bundesvorsitzende der Frauen Union, **Prof. Dr. Maria Böhmer**, war zu Gast auf dem diesjährigen Landesdelegiertentag der Frauen Union Berlin. Das Thema des Landesdelegiertentags lautete: Der Nationale Aktionsplan Integration „Zusammenhalt stärken – Teilhabe verwirklichen“. Dabei stellte Böhmer die besondere Bedeutung des Erwerbs der deutschen Sprache und die Bildung insgesamt in den Vordergrund. Beides sei wichtig für einen Zugang zum Arbeitsmarkt. Unsere Gesellschaft brauche jeden. Nur über diesen Weg würde Integration gelingen.



Kinderparlament im Bundestag

Auch in diesem Jahr empfing der Spandauer CDU-Bundestagsabgeordnete **Kai Wegner** im

Rahmen des „23 Nisan Internationalen Kinderfestes“ über 100 Kinder im Alter von sechs bis 14 Jahren zum 4. Internationalen Kinderparlament im Deutschen Bundestag. In der rund zweistündigen Diskussion stellten die jungen „Parlamentarier“ Kai Wegner Fragen über die



Zukunftsperspektiven der Kinder und Jugendlichen und machten immer wieder deutlich, was sie von den Volksvertretern erwarten. Die Diskussionsbeiträge und Ansichten der Kinder sprühten vor Neugierde und Selbstbewusstsein. Einmal mehr wurde Kai Wegner darin bestätigt, dass sich Kinder einbringen und mitreden wollen. Er wird ihnen dazu auch im nächsten Jahr beim 5. Internationalen Kinderparlament die Gelegenheit geben.

Monika Grütters leitet Panel auf der CDU MediaNight

Auch in diesem Jahr fand die inzwischen traditionelle MediaNight der CDU statt. Die Bundestagsabgeordnete **Monika Grütters** moderierte zum wiederholten Male eine Podiumsrunde, diesmal zum Thema „Einigkeit und Recht und Freiheit – Welches Bild zeichnen Medien weltweit von Deutschland?“. Diese Frage diskutierte



Monika Grütters u. a. mit dem stellvertretenden Chefredakteur des ZDF, **Elmar Theveßen**, sowie weiteren Vertretern der Medien und zivilgesellschaftlicher Institutionen. Alle Diskutanten waren sich einig, dass sich das Bild Deutschlands

in den vergangenen Jahren zum Positiven verändert habe, dieses Image durch die Eurokrise aber wiederum einen harten Test zu bestehen hätte.

Zum „Mitfiebern mit Freunden“

hatte der Landesverband in die Räume am Wittenbergplatz eingeladen. Zusammen mit dem Landesvorsitzenden **Frank Henkel** schauten 150 Mitglieder und Freunde der Berliner CDU in bester Festzelt-Atmosphäre den Fußball-Klassiker Deutschland gegen Niederlande.



GESCHÄFTSSTELLEN UND BÜRGERBÜROS

Reinickendorf

Großkopfstraße 6-7, 13403 Berlin
Tel.: 496 12 46, Fax : 496 30 53
Email: info@cdu-reinickendorf.de
Internet: www.cdu-reinickendorf.de

Spandau

Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23
Email: info@cdu-spandau.de
Internet: www.cdu-spandau.de

Charlottenburg-Wilmersdorf

Rathaus Charlottenburg,
Raum 229, 10585 Berlin
Tel.: 341 35 34, Fax: 341 02 50
Email: info@city-cdu.de
Internet: www.city-cdu.de

Steglitz-Zehlendorf

Clayallee 349, 14169 Berlin
Tel.: 797 011 70, Fax: 797 011 71
Email: kontakt@cdusz.de
Internet: www.cdusz.de

Tempelhof-Schöneberg

Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74
Email: service@cdu-tempelhof-schoeneberg.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Mitte

Levetzowstr. 10, 10555 Berlin
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144
Email: kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de
Internet: www.cdumitte.de

Pankow

Prenzlauer Promenade 179, 13189
Berlin
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377
Email: kgs@cdupankow.de
Internet: www.cdupankow.de

Lichtenberg

Normannenstr. 1-2, 10367 Berlin
Tel.: 9760 1933, Fax: 9760 1928
Email: post@cdu-lichtenberg.de
Internet: www.cdu-lichtenberg.de

Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)

Fritz-Reuter-Str. 11, 12623 Berlin
Tel.: 56 69 74 50, Fax: 56 69 74 55
Email: info@cduwuhletal.de
Internet: www.cduwuhletal.de

TREPTOW-KÖPENICK

Dörpfeldstr. 51, 12489 Berlin
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872
Email: cdu-kv-tk@arcor.de
Internet: www.cdu-treptow-koepenick.de

Neukölln

Donaustr. 100, 12043 Berlin
Tel.: 687 22 99, Fax: 681 77 41
Email: info@cdu-neukoelln.de
Internet: www.cdu-neukoelln.de

Friedrichshain-Kreuzberg

Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582
Email: info@cdu-friedrichshain-kreuzberg.de
Internet: www.cdu-friedrichshain-kreuzberg.de

Checkpoint Charlie endlich würdig gestalten

Seit Jahren ist die Gestaltung des Checkpoint Charlie ein wichtiges Anliegen der Berliner CDU. Auf ihrem 36. Landesparteitag sprach sich die Partei deshalb in einer Erklärung für eine würdige Nutzung dieses historischen Ortes aus.

„Die Stadt Berlin ist der Bedeutung des Checkpoint Charlie in den letzten Jahrzehnten nicht gerecht geworden“, kritisierte der Generalsekretär der Berliner CDU, Kai Wegner. Dieser historisch wichtige militärische Kontrollpunkt werde durch die Brachfläche, die Bretterbuden mit Fast Food, eine Strandbar und den unsäglichen



DDR-Kitsch missbraucht. In diesem Zusammenhang verwies Wegner auf die 1.065 Mauerkreuze, die die Inhaberin des sich dort befindlichen Mauermuse-



ums, Alexandra Hildebrandt, im Oktober 2004 aufstellen ließ, um an die Mauertoten zu erinnern. „Der Anblick dieser Kreuze war sehr bewegend. Es ist bedauerlich, dass der damalige rot-rote Senat den Abriss dieser Kreuze nicht verhindert hat“, so der CDU-Generalsekretär. Die Berliner CDU hält an dem zwischen Bund und Land konzipierten Gedenkstättenkonzept fest und fordert, dass der Checkpoint Charlie sowie das Mauermuseum zentraler Bestandteil dieses Konzeptes wird.

„Das von der Senatskulturverwaltung mit öffentlichen Geldern geförderte Museum des Kalten Krieges mit seiner Einstiegsbox stellt keine tragfähige und angemessene Lösung für den Checkpoint Charlie dar“, erklärte Wegner. Deshalb setzte sich die Berliner CDU für einen Ideenwettbewerb zur Gestaltung des Checkpoint Charlie unter Berücksichtigung der schwierigen Eigentumsverhältnisse ein. Auch die Berline-



rinnen und Berliner sollen einbezogen werden. „Ihre Ideen können sie an die hierfür eingerichteten E-Mail-Adresse checkpointcharlie@cduberlin.de schicken“, sagte Kai Wegner abschließend.

Kultur in Berlin – immer im Werden, nie im Sein



Der Autor Michael Braun ist Mitglied des Ausschusses für Kultur des Abgeordnetenhaus von Berlin sowie stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Berlin

„Ich liebe Berlin, die widersprüchliche, diese besondere Stadt, die Kontraste kultiviert wie andere Städte die Harmonie pflegen. Sie wird nie eine geleckte, herausgeputzte Kapitale sein, sie ist eine Metropole im Werden, die sich ständig wandelt und mit ihrem unstillbaren

Durst nach Neuem sich immer wieder neu erfindet“. Diese Liebeserklärung an Berlin stammt von dem ehemaligen französischen Kulturminister Jack Lang. Sie setzt aber

auch Erwartungen an unsere Stadt, fordert Kunst und Kultur heraus.

Der Bund fördert die Berliner Kultur mit ca. 420 Millionen Euro, das Land Berlin nur mit ca. 380 Millionen Euro. Damit konnten die wesentlichen Einrichtungen der Stadt erhalten, jetzt erstmals die Boulevard-Theater Kudamm-Bühnen, Schloßpark Theater und Jüdisches Theater zusätzlich unterstützt und die freie Szene gefördert werden – wenigstens etwas. Die Berliner Kultur braucht nicht nur finanzielle Investitionen, sie braucht intellektuelle Investitionen, ein Austausch zwischen Kultur und Politik. Es muss erkennbar werden, was Politik und Kultur miteinander zu tun haben wollen, wo sich der Senat von der Kunst gefordert sieht, wo er selbst die Künstler fordert (ausdrücklich nicht nur fördert!).

Die CDU Berlin will mit den Künstlern zum Beispiel gezielt Projekte zur Ansprache von bis dato kulturfernem Publikum fördern, Künstler anregen, nicht nur in

Berlin zu leben und zu arbeiten, sondern sich auch für Berlin zu engagieren. Dazu gehört auch die Frage nach der gesellschaftspolitischen Nachhaltigkeit der mit Millionenverträgen aus öffentlichen Kassen geförderten Institutionen, was die Einrichtung für die Bürger vor Ort leisten, indem sie Tradition pflegen und die Zukunft mobilisieren. Sind sie darin innovativ, effektiv und nachhaltig?

Jeder in Berlin kennt die großen Kulturbaustellen: die Kunsthalle, die Opernstiftung, das Humboldt-Forum, die Tanzszene, um nur einige zu nennen. Bei ihnen geht es um mehr als die Frage der Finanzierung. Die CDU Berlin will einen Dialog mit allen in Berlin arbeitenden Künstlern. In der Kultur kann die Politik oft nur Fragen stellen, Ergebnis offen. Antworten muss die Kultur. Ich bin sicher, sie wird es gern tun, wenn man sich für ihre Arbeit, für ihre Ansichten interessiert. Ich freue mich auf diesen Austausch mit der Kultur, so schwer er sein wird.

Berliner Rundschau: *Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Scholz, Sie sind am 23. Mai dieses Jahres 75 Jahre alt geworden. Damit sind Sie auf den Tag genau zwölf Jahre älter als das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Was verbinden Sie mit dem Grundgesetz?*

Zunächst verbinde ich damit, dass meine Eltern offenkundig vorhergesehen haben, für meinen Geburtstag sei der Verfassungstag genau der richtige (lächelt). Unser Grundgesetz ist eine Verfassung, die eine stabile Demokratie, einen stabilen Rechtsstaat, einen funktionstüchtigen Sozialstaat geschaffen hat und vor allem, was die Grundrechte angeht, mit dem einleitenden Grundbekenntnis zur Unantastbarkeit der Menschenwürde Herausragendes geleistet hat. Es ist sicherlich kein Zufall, dass eine Fülle junger Demokratien im früheren Osteuropa, in Südamerika, in Ostasien, auch teilweise in Afrika diese Verfassung längst zu einem Vorbild gemacht und sich vielfältig an ihr orientiert hat. Insofern ist dieses Grundgesetz ein wirklicher Glücksfall der deutschen Geschichte.

BR: *Wo sehen Sie die besonderen Herausforderungen für unser Grundgesetz in Zeiten des Internets und dem Verlangen nach mehr direkter Demokratie?*

Wir haben immer die Problematik, wie man eine möglichst bürgernahe, lebendige und auch stabile Demokratie gewährleistet. Die Antwort des Grundgesetzes – gerade aus den Erfahrungen des Scheiterns der Weimarer Demokratie – ist ganz eindeutig: Es ist das klare Bekenntnis zur parlamentarischen, zur repräsentativen Demokratie. Das hat ganz entscheidend zur Stabilität dieser Demokratie beigetragen. Die Frage, die wir uns heute unter dem Aspekt neue Herausforderungen für die Demokratie stellen müssen, ist vor allem das Thema Europa. Die Europäische Union verfügt noch längst über keine eigene stabile Demokratie. Wir leben längst in einer weitgehend von Brüssel gesteuerten Expertokratie oder Bürokratie. Und wenn man jetzt gerade die neuen Entwicklungen im Rahmen der Eurokrise – etwa ESM, EFSM – nimmt, muss das Grundgesetz neue Antworten finden oder müssen aus dem Grundgesetz neue und tragfähige Antworten abgeleitet werden.

In der Frage direkter Demokratie ist die Debatte natürlich auch zu führen. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir etwa die Volksinitiative in das Grundgesetz aufnehmen. Das heißt, dass bei einem entsprechend hohen Beteiligungsquorum der Bürger der Bundestag verpflichtet wird, sich mit bestimmten Themen, die aus der Bevölkerung kommen, direkt im Rahmen der Gesetzgebung zu befassen. Den Volksentscheid auf der Bundesebene dagegen halte ich verfassungs-

„Das Grundgesetz ist ein wirklicher Glücksfall der deutschen Geschichte“

Interview mit Prof. Dr. Rupert Scholz zu seinem 75. Geburtstag



rechtlich nicht für machbar. Die Komplexität moderner Gesetzgebung, die Komplexität moderner pluralistischer Gesellschaften ist mit dem im Grunde sehr simplen Verfahren eines Volksentscheids, also mit der Frage nach „Ja“ oder „Nein“, kaum zu vereinbaren. Eine Regierung bringt einen Gesetzesvorschlag ein, der geht in den Deutschen Bundestag, die Opposition sagt nein und irgendwann werden Kompromisse gefunden. Dieses Kompromissverfahren hat eine befriedende Funktion in der pluralistischen Demokratie. Der Volksentscheid würde eher polarisieren als befrieden.

BR: *Wenn Sie auf Ihre langjährige und beachtenswerte politische Karriere zurückblicken: Welcher politische Wegbegleiter ist Ihnen in besonderer Erinnerung und warum?*

Da ist zunächst natürlich Richard von Weizsäcker, der mich 1981 als Justizsenator in die Politik geholt hat. Ich bin ja ein sogenannter Quereinsteiger gewesen. Ich war zunächst auch nicht Mitglied der CDU.

Die zweite Persönlichkeit, die in meinem politischen Leben eine besondere Rolle gespielt hat, ist Helmut Kohl. Helmut Kohl, der mich später zum Verteidigungsminister gemacht hat, mit dem ich über Jahrzehnte sehr eng, sehr freundschaftlich verbunden bin.

Der Dritte, den ich nennen möchte, ist Wolfgang Schäuble. Er ist für mich nach wie vor nicht nur einer der absolut fähigsten deutschen Politiker, sondern auch jemand, der in bewundernswerter Weise sein schweres Schicksal nach dem Attentat getragen hat und mit dem ich eben auch sehr eng und freundschaftlich verbunden bin. Unvergessen ist für mich auch das hohe Maß an freundschaftlicher Verbundenheit, das ich mit Franz-Josef Strauß hatte.

BR: *Sie haben bis 2006 insgesamt 15 Jahre in führender Funktion – zuletzt als Aufsichtsrats-*

vorsitzender – Verantwortung bei Hertha BSC getragen. Was raten Sie dem Berliner Traditionsverein?

Zunächst einmal bin ich traurig und bestürzt über den zweiten Abstieg in drei Jahren. Ich glaube, dass das nicht sein musste. Ich glaube, dass hier auch im Verein Fehler gemacht wurden, die aufzuarbeiten sind. Was aber nichts daran ändert: Hertha muss sehr schnell wieder aufsteigen. Hertha ist der Hauptstadtverein und es ist absurd, dass die deutsche Hauptstadt nicht in der Bundesliga vertreten ist. Es muss eine neue Mannschaft aufgebaut werden. Die Finanzlage, die nach wie vor schwierig ist, muss jetzt wirklich voll in den Griff bekommen werden. Und dann werden wir auch bald wieder oben sein.

BR: Herr Prof. Dr. Scholz, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Prof. Dr. Rupert Scholz

- geboren am 23. Mai 1937 in Berlin
- Staats- und Verfassungsrechtler (Mitautor und -herausgeber des als Standardwerk geltenden Grundgesetzkommentars Maunz/Dürig/Herzog/Scholz)
- 1981 bis 1983 Senator für Justiz von Berlin
- seit 1983 Mitglied der CDU; von 1998 bis 2001 stellv. Landesvorsitzender der CDU Berlin
- von 1985 bis 1988 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin
- von 1988 bis 1989 Bundesminister der Verteidigung
- von 1990 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages (hier von 1994 bis 1998 stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; von 1998 bis 2002 Vorsitzender des Rechtsausschusses)
- von 1996 bis 2006 Mitglied des Aufsichtsrates von Hertha BSC, Vorsitz ab 2000

„Ronald Reagan gab mir Hoffnung“

Erinnerungen von Frank Henkel

Am 12. Juni 1987 hielt US-Präsident Ronald Reagan seine berühmte Rede vor dem Brandenburger Tor. Ich erinnere mich noch genau, wie ich mit meinem Vater zum Brandenburger Tor lief. Der Veranstaltungsort war weiträumig polizeilich abgesperrt, weil es Gegendemonstrationen gab. Davon bekam ich aber erst in der Abendschau etwas mit. Die Polizei arbeitete sehr professionell. Wegen der Absperrungen mussten wir das Auto irgendwo in Moabit parken und den ganzen Weg zum Reichstag zurücklaufen, wobei man immer wieder Kontrollpunkte zu passieren hatte. Auf der Straße des 17. Juni bewegten wir uns dann immer weiter nach vorn, was gar nicht so einfach war, weil immer mehr Menschen kamen.

Dann standen mein Vater und ich endlich vor der Bühne, die westlich des Brandenburger Tors aufgebaut war. Der Blick auf dieses deutsche Wahrzeichen war sehr ergreifend und fasziniert mich auch heute immer noch. Es wurden Fähnchen verteilt, von denen ich eine Menge zu greifen be-



kam. In der linken Hand hielt ich die amerikanischen und in der rechten die deutschen. Es gab jede Menge Reden, die ich voller Aufregung und Spannung verfolgte. Bundeskanzler Helmut Kohl redete, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, ebenso und natürlich Ronald Reagan. An den US-Präsidenten kann ich mich noch ganz genau erinnern. Obwohl ich kein perfektes Englisch sprach, verstand ich, was er sagte und war sehr beeindruckt.

Ich war gerade sechs Jahre im Westteil der Stadt. Die Deutschlandpolitik war für mich die Triebfeder, mich politisch zu engagieren. Und dann

kam ein amerikanischer Präsident nach Berlin und sprach die Worte „Mr Gorbachev, open this gate. Mr Gorbachev, tear down this wall!“ („Mister Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor. Mister Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder!“) Ronald Reagan forderte tatsächlich den Präsidenten der Sowjetunion auf, die Mauer niederzureißen. Die Mauer, in deren Schatten ich groß wurde und die meiner Familie die Luft zum Atmen nahm, so dass meine Eltern 1977 den Ausreiseantrag stellten und 1981 mit mir von Ost- nach Westberlin übersiedelten. Ich war zu Tränen gerührt.

Die Kritik, die sich damals wegen Ronald Reagan entlud, war für mich nicht nachvollziehbar. Für mich war seine Rede eine sehr mutige und große Rede. Sie gab mir Hoffnung. Hoffnung in einer Zeit, in der man bei einigen deutschen Politikern den Eindruck hatte, dass sie die Einheit Deutschlands längst preisgaben. Ronald Reagan hielt seine Rede in einem historischen Umfeld, in dem man überlegte, ob es partnerschaftliche Beziehungen zwi-

schen der Volkskammer und dem Deutschen Bundestag und Ähnliches geben könnte. Es war zu einer Zeit, wo der Fokus der deutschen Politik mehr darauf lag, die Teilung Berlins und Deutschlands zu akzeptieren, statt für die Einheit zu werben und zu kämpfen. Jetzt standen da mit Ronald Reagan ein amerikanischer Präsident und mit Helmut Kohl ein Bundeskanzler, die dies anders sahen, für die die Deutsche Einheit weiterhin auf der Tagesordnung der Weltpolitik stand. Deshalb war es für mich ein ganz besonderer Tag. Und noch heute bin ich den Amerikanern, vor allem den Präsidenten Ronald Reagan und George Bush sen., für ihren Einsatz, die Teilung Deutschlands und unserer Stadt zu überwinden, sehr dankbar.

Anlässlich des 25. Jahrestages der Rede hat Frank Henkel, Landesvorsitzender der CDU Berlin und Innensenator von Berlin (im Foto mit US-Botschafter Philip Murphy und Hans-Dietrich Genscher), gemeinsam mit der Amerikanischen Botschaft US-Präsident Ronald Reagan für seine herausragenden Verdienste um die Deutsche Einheit geehrt. Die CDU Berlin, die sich seit Jahren für eine besondere Würdigung Reagans einsetzt, hatte einen erheblichen Anteil am Zustandekommen dieses Festaktes. „Das war eine große Ehre für mich und ein sehr bewegender Moment“, so Henkel.

